



KONSERVATIVES BÜNDNIS MIT ERSTEN PROBLEMEN

Dreimal wurde in Pakistan während der letzten fünf Jahre gewählt. Die Ergebnisse der letzten Wahlen, aus dem das konservative Parteienbündnis 'Islami Jamhoori Ittehad' (IJI) siegreich hervorging, kommen offensichtlich sowohl der einflußreichen Bürokratie als auch dem Militär sehr entgegen.



Premier Nawaz Sharif (Foto: Herald)

Die konservative IJI gilt als ein Parteienbündnis, das die Rolle der pakistanischen Armee nicht in Frage stellt. Dies bedeutet, daß sie gewillt ist, die gegenwärtigen Machtstrukturen zu erhalten. Damit wird die Masse des Volkes, besonders die Frauen, von Entscheidungsprozessen ferngehalten. Für sie ist kein Platz in der paternalistisch-autoritär gelenkten Demokratie, die dem Land neu verordnet wird.

Neuer Premierminister wurde Mian Nawaz Sharif, der aus der Provinz Punjab stammt. Für ihn sprach sich die große Mehrheit der Mandatsträger aus. Die parteiische Interimsregierung, die nach dem Fall Benazir Bhuttos eingesetzt wurde, hatte ihm neben staatlicher Unterstützung auch Millionensummen für den Wahlkampf zur

Verfügung gestellt. Sharif gehört nicht der Klasse der Feudalherren an, sondern kommt aus der industriellen Schicht. Er profilierte sich schon bei den vorangegangenen Wahlen 1988 als Hauptwidersacher Benazir Bhuttos. Ihr Vater, Zulfikar Ali Bhutto, der 1971 erster freigewählter Premierminister Pakistans wurde, distanzierte sich von den traditionellen Vorstellungen des Militärs. Sharif, Schützling Zia Ul-Haqs, will dagegen die Politik seines politischen Ziehvaters fortsetzen.

Trotz des umstrittenen Wahlvorgangs, mit dem die IJI an die Macht gekommen ist, wird die politische Kompetenz des Bündnisses nur von wenigen in Frage gestellt. Benazir Bhutto mußte das Ergebnis akzeptieren und fand sich in der Rolle der Oppositionsführerin wieder.

Ob die neue Staatsführung, die traditionelle Troika - bestehend aus Premierminister, dem seit der Ära Zia Ul-Haq's amtierenden Staatspräsidenten Ghulam Ishaq Khan und General Aslam Beg, dem Oberkommandeur der Armee - die Stabilität Pakistans gewährleisten kann, ist abhängig von deren Kooperationsbereitschaft untereinander. Premier Sharif ist für seine Eigenwilligkeit bekannt, was Unstimmigkeiten mit dem Militär nicht ausschließt. Seinerzeit schon wurde der Vorgänger Benazir Bhuttos, Premierminister Junejo, nach einem Alleingang durch General Zia Ul-Haq entlassen. Deshalb wurden Junejo auch bei den jüngsten Wahlen keine großen Chancen eingeräumt, obwohl er Vorsitzender der größten Partei innerhalb der IJI-Allianz, der traditionsreichen 'Pakistan-Muslim-League' (PML) ist.

Die Zusammensetzung von Sharifs Kabinett entspricht seinem Konzept der 'Consensus-Policy'. Diese Konsenspolitik basiert auf einer angestrebten Allianz mehrerer Parteien und Institutionen. Dazu zählen die 'Pakistan-Muslim-League' (PML) im Punjab, die 'Awami National Party' (ANP) im Nordwestgrenzprovinz, die 'Jamhoori Watan Party' (JWP) in Beluchistan und das 'Mohajir Qaumi Movement', (MQM) in der Provinz Sindh sowie Bürokratie, Großgrundbesitzer, Wirtschaftsführer und die orthodoxe islamische Geistlichkeit (in der Provinz Sindh wurde die als verschwörerisch geltende 'Jamaat-I-Islami' nicht mit einbezogen). Ob Sharif innerhalb dieser Allianz die ausschlaggebende Instanz sein wird, bleibt fraglich. Kritiker vermuten eine 'Fernsteuerung' durch das Militär.

Erste Krisen

Zwei Krisen, denen die neue Regierung gegenüberstand, scheint der neue Regierungschef zunächst geschickt überwunden zu haben: Es handelte sich hier zum einen um den LKW-Fahrerstreik, der eine indirekte Herausforderung für die Islamisierungspolitik bedeutete. Bereits in der ersten Woche nach der Regierungsumbildung streikten die LKW-Fahrer gegen die wieder in Kraft gesetzte Todesstrafe (Qisas) und gegen ein Gesetz, das den Familienangehörigen von im Straßenverkehr ums Leben gekommenen Personen Schadenersatz (Diyat) zuspricht. Hintergrund dieser Auseinandersetzung ist, daß schon seit längerem die rücksichtslose Fahrweise der LKW-Fahrer kritisiert wird, der tagtäglich Menschen zum Opfer fallen. Bisher wurden Lastwagenfahrer nach einem alten islamischen Gesetz verurteilt, das jedoch nicht ihre Arbeitsbedingungen in der heutigen Zeit berücksichtigte. Nawaz Sharif verhandelte nicht lange und übergab die Problemlösung dem 'Council of Islamic Ideology' (CII). Diese Institution sollte für eine angemessene Änderung des Gesetzes in Anlehnung an die Shariah ("Das göttliche Recht auf Erden") sorgen. Der Lösungsvorschlag des CII sieht die nicht mehr alleinige Verantwortung und Haftung der Fahrer vor, er bleibt aber weiterhin umstritten.

Der andere politische Schritt von großer Bedeutung war die Erhöhung des staatlich kontrollierten Benzinpreises um mehr als 40 Prozent. Zu Sharifs Zufriedenheit gab es nur wenige Proteste der Opposition. Der drastische Benzinpreisanstieg mit nach sich ziehenden Preiserhöhungen anderer Waren birgt die Gefahr einer galoppierenden Inflation, vor der Wirtschaftsexperten bereits gewarnt haben. Es wird befürchtet, der Anstieg der Lebenshaltungskosten könne zu sozialen Unruhen führen, die dann die ohnehin schon instabile Machtverteilung innerhalb des Systems der Troika aus dem Gleichgewicht bringen könnte.

Gerüchte über Sharifs Machtlosigkeit gewissen politischen Schlüsselpositionen gegenüber sind in Islamabad in Umlauf. Man zweifelt, ob es sich beispielsweise bei der Benzinpreisanhebung um seine Entscheidung gehandelt habe. Seitens des Ölministers Chaudhry Nisar Ali und aus Kreisen des Kabinetts verlautete, daß der Premierminister der vom Internationalen Währungsfond (IMF) geforderten Preiserhöhung um 40 Prozent nicht nachzukommen bereit war. Trotzdem wurden schon tags darauf sowohl die Benzinpreise um 41 Prozent erhöht als auch der Umstand bekannt, daß diese Entscheidung auf das Finanzministerium zurückzuführen sei, dem enge Zusammenarbeit mit Staatspräsident Ishaq Khan nachgesagt wird. Diese Berichte deuten darauf hin, daß Premierminister Sharif, ebenso wie schon alle zuvor "demokratisch" gewählten Regierungen im Grunde von der mächtigen Bürokratie und der Armee abhängig sind. Seine Freiräume scheinen begrenzt zu sein.

Schon die Regierungen unter Benazir Bhutto und unter Junejo wurden beide unter dem Vorwurf der Korruption aufgelöst. Der wahre Grund lag darin, daß sie sich den Interessen des Establishments verweigerten. Das Esta-

blement in Islamabad-Rawalpindi duldete keine Kritik. Daß Benazir Bhutto nur unter der Bedingung, sich nicht in seine Angelegenheiten einzumischen, Premierministerin geworden war, darüber ist man sich heute einig.

Nawaz Sharif hat im Gegensatz zu seinen Vorgängern bessere Karten. In allen vier pakistanischen Provinzen sitzen Pro-IJI-Regierungen, was bedeuten könnte, daß die Autonomiebestrebungen, wie es sie in den Provinzen gibt, zunächst in den Hintergrund treten. Sindh als "ständig blutende Wunde" kann für die neue Regierung jedoch zur Bedrohung werden und deren Stabilität in den kommenden Monaten gefährden.

Lösung zahlreicher Probleme

Für die Regierung Sharif steht die Lösung weiterer Probleme an. Hierbei könnte es zu ernsthaften Unstimmigkeiten innerhalb der IJI-Parteienbündnisse kommen. Zum Beispiel geht es um den Bau des Kalabagh-Staudammes, die Rückführung der Biharis aus Bangladesh nach Pakistan, eine landwirtschaftliche Steuerreform, die Auseinandersetzung mit der 'Shariah-Bill', die Verteilung von Steuergeldern an die einzelnen Provinzen sowie andere Autonomieangelegenheiten und die Privatisierung von Banken und anderer wichtiger Körperschaften.

Bezüglich des umstrittenen Staudammes haben die Ministerpräsidenten der Provinzen Sindh und Nordwest-Grenzprovinz den Bau öffentlich abgelehnt. Die IJI andererseits hat während des Wahlkampfes in ihrer Heimatprovinz Punjab den Bau befürwortet; er würde der bevölkerungsreichsten Provinz Pakistans hauptsächlich zugute kommen.

Was die muslimischen Flüchtlinge aus dem indischen Bundesstaat Bihar anbelangt, die derzeit noch in Lagern in Bangladesh leben, hat der Premierminister schon in der Vergangenheit seine Zusage gemacht, ihnen eine Eingliederung in die pakistanische Gesellschaft zu ermöglichen. Sharif ist sich der Brisanz dieses Themas sehr bewußt. Schon Zia Ul-Haq vermied es, in diese Angelegenheit verwickelt zu werden. Das 'Bihar-Problem' existiert schon seit der Gründung Pakistans 1947. Seinerzeit flüchtete die muslimische Bevölkerung aus dem östlich gelegenen indischen Bundesstaat Bihar nach Ostpakistan, das 1971 zum unabhängigen Bangladesh wurde. Seither fordern die Moharjirs (Flüchtlinge) aus Bihar, in Pakistan eingegliedert zu werden. In Bangladesh sind sie unterprivilegiert.

Sollte der neue Premier sein Versprechen tatsächlich einhalten, wird er auf den Widerstand aller Gruppierungen in Sindh stoßen, das seit 1986 von wachsenden ethnischen Unruhen geplagt ist. Sympathisanten der 'Sindh National Alliance' (SNA) befürchten durch die Ernennung des neuen aus Punjab stammenden Ministerpräsidenten Jam Sadiq Ali eine Vormachtstellung Punjabs in ihrer Provinz und es ist anzunehmen, daß diese im Gegensatz zur MQM auch die Integration der Biharis nicht gutheißen werden.

Weiterhin wird die 'Shariah-Bill', die auch schon un-



'Top Brass': Die Militärs spielen weiterhin wichtige Rolle in der pakistanischen Politik (Foto: Herald)

ter der islamischen Geistlichkeit zu Spaltungen führte, zum Problem werden. Viele religiöse Sekten und auch Frauenorganisationen haben sich gegen den Entwurf gewehrt, nachdem er dem Senat vorgelegt worden war. Auf politischer Ebene ist der Entwurf ebenfalls umstritten. Zwei Gruppierungen innerhalb der Regierungsallianz, die MQM und die ANP unterstützen die Gesetzesvorlage nicht in seiner gegenwärtigen Form. Dagegen drängen vor allem religiöse Gruppen, wie z.B. die 'Jamaat-I-Islami' auf eine Islamisierungspolitik.

Auch der 'Fall Benazir Bhutto' könnte zukünftig noch zu Problemen führen. Das Zentralkomitee der 'Pakistan Peoples Party' hat bereits damit gedroht, daß sich die Partei gänzlich von der politischen Bühne zurückziehen werde, sollte Frau Bhutto als Folge von gerichtlichen Ermittlungen ihren Parlamentssitz verlieren. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Regierung nicht die alleinige Verantwortung für das geheimgerichtliche Verfahren übernehmen will, das es schon bei ihrem Vater gegeben hatte. Das erklärt die zögernde Haltung der Regierung, Maßnahmen zur Klärung dieses Problems zu ergreifen.

Vorrangig für die neue Regierung wird die Lösung der zahlreichen Wirtschaftsprobleme sein. Die Lage diesbezüglich ist äußerst prekär, die Devisenreserven haben ihren niedrigsten Stand seit der Staatsgründung erreicht. Ohne weitere ausländische Kredite sind Zahlungen für Importe wie auch Kreditrückzahlungen gefährdet. Verschärft hat sich diese ohnehin schon schlechte Situation durch die Differenzen zwischen Pakistan und seinem Verbündeten und wichtigsten finanziellen Unterstützer, den Vereinigten Staaten.

Falls die Situation am Golf weiterhin eskaliert und die Amerikaner Pakistan keine weitere militärische und wirtschaftliche Hilfe zur Verfügung stellen, wird die Krise das Land in das wirtschaftliche Chaos treiben. Die Hoffnung auf Seiten der Regierung verstärkt mit saudi-arabischer Unterstützung rechnen zu können, ist fraglich geworden. Die Hilfsgesuche während der letzten drei Monate sind nicht auf Resonanz gestoßen. Die Saudis, die sich angesichts der Golfkrise mit Pakistan auf ein 5.000-Mann-Truppenkontingent geeinigt hatten, lehnen nun, nachdem Pakistan 2.000 Mann nach Saudi-Arabien verlegt hat, die verbleibenden 3.000 mit der

Begründung ab, sie hätten dafür keine militärische Ausrüstung. Hinzu kommt die Befürchtung, daß auf dem im März geplanten Treffen der Untertützerstaaten (Aid to Pakistan Consortium) Westeuropas, Japan, Kanada und USA weitere Zahlungen in Höhe von etwa 2 Milliarden Dollar gestrichen werden. Es ist anzunehmen, daß die USA als Hauptkreditgeber ihr Argument, Pakistan überschreite die Ausgaben für ein "Atomprogramm" geltend machen wird. Solange kein umfassender Atomvertrag existiert, der Indien und Israel einschließt, kann Pakistan sein Anrecht auf eigene atomare Rüstung behaupten.

Nawaz Sharif, der eine industrielle Revolution, die Schaffung einer Million neuer Arbeitsplätze und einen Mindestlohn von monatlich 3.000 Rupien (entspricht etwa 250 Mark) versprochen hat, ist unter großen Druck geraten, zumal für die pakistanische Armee Kürzungen der Militärausgaben nicht in Frage kommen. Um dem Staatsbankrott entgegenzuwirken, wird eine Erhöhung der direkten Steuern erwogen, die vor allem zulasten der ärmeren Bevölkerungsschichten sowie der Mittelklasse gehen.

Was das Afghanistan-Problem und den Kashmir-Konflikt betrifft, wird von der neuen Regierung eine Fortsetzung der Politik Zia Ul-Haq erwartet.

In Anbetracht der Tatsache, daß durch die bestehenden Machtstrukturen die Ausübung der Regierungsgewalt eingeschränkt ist, befürchten Beobachter, daß auch die jetzige Koalition nur von kurzer Dauer sein wird. Informationen zufolge beabsichtigt die Regierung, den Machteinfluß von Präsidenten Khan einzuschränken. Damit würde diesem die Befugnis zur Auflösung der Nationalversammlung genommen und auf die Möglichkeit zur Kabinettsauflösung reduziert.

Ob Sharif unter den schlechten Voraussetzungen seine politische Ziele verwirklichen und Reformen durchsetzen kann, ist zu bezweifeln. Ein Auseinanderfallen des heterogenen Parteienbündnisses der IJI ist nicht auszuschließen, nachdem der Zweck des Zusammengehens erfüllt ist: Der Sturz Benazir Bhuttos. Das Militär, das im pakistanischen Staatsgefüge schon immer die Führungsrolle beansprucht hat, könnte dann den Zerfall der Allianz zur totalen Machtübernahme nutzen.

Angebin Malik